

Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die

enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebnitz. — Bankkonten: Stadtbank — Stadtkassette Nr. 12 — Oskärische Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postkassenkonto: Dresden 88 827

Fernsprecher: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Erscheint täglich nachm. 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis (in RM.) halbmöndlich ins Haus gebracht 90 Pfg., für Selbstabholer 80 Pfg. Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsverzierungen, Erhöhungen der Preise und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor



Sächsische Schweiz

Tageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleingiehhübel, Kleinhennersdorf, Krippen, Richtenhain, Mittelndorf, Ostau, Porsdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtsdorf, Schmiltla, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiele, Inh. Walter Hiele
Verantwortlich: R. Rohrlapp

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7gespaltene 35 mm breite Zeile 20 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 25 Pfg., 35 mm breite Reklamezeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. — Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Unterhaltungsbelletristik“, „Das Leben im Bild“

Wichterscheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Ausperrung, Betriebsstörung usw. berechtigt nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 239

Bad Schandau, Mittwoch, den 12. Oktober 1927

71. Jahrgang

Für eilige Leser.

* Der Termin der Reise des Reichskanzlers Dr. Marx und des Ministers des Auswärtigen Dr. Stresemann nach Wien ist für Mitte November festgesetzt worden. Die ursprüngliche Absicht, die Reise noch im Oktober zu unternehmen, ist aus verschiedenen Gründen fallengelassen worden.

* Zwischen Deutschland und Luxemburg ist ein neues Grenzabkommen geschlossen worden, welches am 1. November den Personen-Grenzverkehr bedeutend erleichtert.

* Die vier Bergarbeiterverbände des Ruhrbergbaus haben an den Forderungsausschuss ein Schreiben gerichtet, worin sie auf die Not der Zeit und die ständigen Preiserhöhungen hinweisen, die Löhne als ungenügend bezeichnen und den Verband ersuchen, mit ihnen in neue Lohnverhandlungen einzutreten.

* In Emmagruhe (Kreis Kyffhäuser) sind in 40 Fällen Typhuserkrankungen festgestellt worden. Seitens des Kreisarztes sind alle Maßnahmen getroffen, um ein Ueberhandnehmen der Epidemie zu verhindern.

* Auf der Bahnstrecke Halle—Kassel wurde gestern früh infolge des dichten Nebels ein in der Nähe von Wollersleben wohnender Schrankenwärter von dem Kasseler Zug überfahren und auf der Stelle getötet.

* Wie aus Mexiko gemeldet wird, hat Präsident Calles persönlich Befehl gegeben, daß die Offiziere und Mannschaften auf Seiten der Rebellen, die sich den Regierungstruppen ergeben haben, zu begnadigen sind.

Italien und die mazedonischen Bomben.

Von Hans Tröbstl-Belgrad.

Es wäre durchaus falsch, wollte man die gerade in den letzten Tagen besonders lebhafteste Tätigkeit der mazedonischen Komitabschis auf serbischen Boden als ein Ereignis von nur örtlicher Bedeutung werten. An sich fallen diese Bombenattentate zwar nicht aus dem Rahmen jener regelmäßig wiederkehrenden Zwischenfälle, die auf dem Balkan, namentlich in den Herbsttagen, nach Einbringung der Ernte, zu den Alltagslichkeiten gehören. Aber diesmal gewinnen sie eine besondere Bedeutung, weil sie blickartig den „Kampf im Dunkel“ beleuchten, den Jugoslawien seit einigen Wochen mit Italien um die bulgarische Seele führt. Die zur Entgleisung gebrachten Eisenbahnzüge, die in Brand gesteckten Grenzhotele, die kleinen, fast Tag für Tag sich wiederholenden Schammüßel zwischen serbischer Polizei und den auf jugoslawisches Gebiet eingedrungenen mazedonischen Banden sind nicht etwa selbständige Handlungen irgendwelcher Fanatiker, die der Welt auf diese Weise in Erinnerung bringen wollen, daß es im Südosten noch so etwas wie eine „Mazedonische Frage“ gibt. Nein! Die Gründe und Ursachen dieser Ereignisse liegen viel tiefer! — Man wird sich erinnern, daß die Welt vor einigen Wochen mit allerlei Nachrichten überflutet wurde, wonach eine Annäherung zwischen Jugoslawien und Bulgarien, wenn nicht sogar eine Verschmelzung beider Staaten zu einem großen südslawischen Reiche unmittelbar bevorstände. Serbische Chauvinisten wollten sogar schon den Augenblick in greifbare Nähe gerückt sehen, wo König Boris — „in ehelicher Erkenntnis seiner deutschen Abstammung (!), die seine wirkliche Volkstüchtigkeit in Bulgarien immer unmöglich machen muß“ — seine Krone auf dem Altar dieser Vereinigung freiwillig niederlegen würde, um der endgültigen Vereinigung beider slawischer „Brüdervölker“ jedes Hindernis aus dem Wege zu räumen. Daß Italien diese serbischen Hoffnungen auf ein Reich, das fast von Wien bis zum Schwarzen Meere reichen würde, mit allen Mitteln bekämpfen muß, daran zweifelt wohl niemand. Trotzdem sah man in Belgrad mit großer Spannung dem Ergebnis der Besprechungen entgegen, die der serbische Außenminister Marinkowitsch in Genf mit dem bulgarischen Minister Burow angeknüpft hatte. Aber Marinkowitsch brachte — abgesehen von allgemeinen Redensarten — nichts Endgültiges nach Hause. Es war vorauszusetzen, daß Bulgarien auf dem begonnenen Wege nicht einen Schritt vorwärts gehen würde, ehe nicht — neben vielen anderen weniger wichtigen Dingen — die Zaribrod-Frage zu seinen Gunsten gelöst ist. Die Rückgabe dieser 1918 abgetretenen Stadt ist auch heute noch für jeden Bulgaren, ohne Unterschied der politischen Einstellung, die Vorbedingung für jede Annäherung oder Verständigung. Aber Serbien denkt nicht im entferntesten daran, dies Opfer zu bringen, und doch wird eine rasche Einigung mit Bulgarien mit Rücksicht auf die zielbewußte italienische Einkreisungs- und Isolierungspolitik über kurz oder lang zur gebieterischen Notwendigkeit werden. Alle anderen serbischen Verträge, sich aus der immer enger werdenden Umschließung zu befreien, sind kläglich gescheitert. Zunächst zerplatzt im Sommer dieses Jahres der schüchtern hochgelassene Versuchsballon eines „dreieckigen“ Freundschaftsbundes Berlin-Belgrad-Paris. Infolgedessen wandte Jugoslawien seine Blicke nach Osten und knüpfte mit der Türkei Verhandlungen an, die aber an den sofort einsetzenden italienischen Gegenmaßnahmen zu Schanden wurden. Als Serbien nun versuchte, seine

Beziehungen zu Griechenland enger zu gestalten, lud Mussolini die griechischen Minister nach Rom ein; wenige Tage darauf kündigte Griechenland die Bantagosverträge und stellte den vertraglosen Zustand, wie er bei Kriegsende geherrscht hatte, wieder her. Als einziger noch zu erwerbender Freund blieb Bulgarien übrig, und im Anfang schien es auch, als ob die beiderseitigen Besprechungen zu einem guten Ende führen würden. Man darf jedoch nicht vergessen — und dieser Fehler wird immer wieder gemacht —, daß die Wortführer dieser Verständigung auf jugoslawischer Seite keine Serben, sondern — Kroaten und Slowenen sind. Dr. Korotshchew und Genossen arbeiten aus sehr durchsichtigen Gründen auf dies Bündnis hin: Sie erwarten von einer Verschmelzung beider Staaten in erster Linie ein Gegengewicht gegen das zur Zeit vorherrschende Alt- oder Groß-Serbentum. Diesem würde viel von seinem parlamentarischen Einfluß genommen, wenn tatsächlich einmal bulgarische Abgeordnete in die Skupstschina einziehen sollten. Daran ist natürlich in absehbarer Zeit nicht zu denken. Kroaten und Slowenen haben die bulgarischen Truppen und die barbarische Methode ihrer Kriegsführung im Balkan- und im Weltkrieg nicht zu erleben brauchen; aber in der breiten Masse des serbischen Volkes herrscht auch heute noch gegen Bulgarien ein Haß, der zu den Verbrüderungsreden der Parlamentarier und Minister in kraftlosem Gegensatz steht. In das Hin- und Her dieser Verhandlungen playten nun wie Blitze aus heiterem Himmel die Bomben der Mazedonier hinein und warfen die im besten Zuge befindlichen Verbrüderungspläne mit einem Schlag auf ihren Ausgangspunkt zurück. Wem nützt dies? — Daß Italien die Tätigkeit des Promazedonischen Komitees nicht nur mit Wohlwollen betrachtet, sondern auch tatkräftig finanziell unterstützt, daran zu zweifeln liegt heute kein Grund mehr vor. Von einer Aufrollung der mazedonischen Frage, welche die drei unmittelbaren „Anlieger“, Griechenland, Serbien und Bulgarien in schärfsten Gegensatz zueinander bringen muß, hat nur Rom Vorteile. In wenigen Tagen tritt die Skupstschina zusammen, dann wird die Frage der Ratifizierung der Retinokonventionen brennend. Bomben und Attentate sind im Südosten das beste Mittel, um die Aufmerksamkeit Serbiens von der Adria und Albanien abzulenken. Italien schlägt damit gleichzeitig einen tiefen Riß in die „sarte bulgarisch-serbische Freundschaft“. Serbien hat sich vor einigen Tagen wohl oder übel genötigt gesehen, durch seinen Gesandten in Sofia einen „freundschaftlichen“ Schritt zu unternehmen, und eindringlich ersucht, den Uebertritt mazedonischer Banden auf südslawisches Gebiet mit allen Mitteln zu verhindern. Sofia hat natürlich höflich, aber bestimmt jede Verantwortung abgelehnt — das ist der erste, den Italienern so erwünschte Mißton.

Schon am Tage darauf wurden von den griechischen Behörden in Saloniki einige verdächtige, mit Bomben ausgerüstete Personen verhaftet, die ein Attentat auf das jugoslawische Konsulat geplant haben sollen. Infolgedessen sah sich Griechenland genötigt, den Belagerungsstand über Griechenland-Mazedonien zu verhängen und die Grenze gegen Bulgarien zu sperren. Fast gleichzeitig erfolgten zwei neue Bandeneinfälle auf jugoslawisches Gebiet, sodaß diesmal sogar ein General, der Chef der gesamten südslawischen Gendarmerie, aufgeboten werden mußte, um die Banden unschädlich zu machen. Merkwürdiger Weise befand sich unter den eingekerkerten Gefangenen auch ein aktiver bulgarischer Grenzuntersuchungsbeamter. Bei einem anderen Gefangenen wurde ein Paß gefunden, ausgestellt von der „Gemeinsamen Kommission“, in deren Händen der Austausch der griechisch-bulgarischen Bevölkerung liegt... Griechische Zeitungen bemerken hierzu mit Recht, daß all diese Attentate nur den Zweck haben, die Annäherung Bulgariens an seine Nachbarn zu verhindern, weil sie dem Promazedonischen Komitee nicht paßt. Man fragt sich nur: „Wer steckt jetzt hinter der wieder auflebenden Tätigkeit der Mazedonier? Daß diese Revolutionäre allein nicht in der Lage sind, ihre ergebnislosen, mehr oder minder lokalen Ziele zu erreichen, liegt auf der Hand. Sie müssen also mächtige Freunde und Bundesgenossen besitzen, von denen sie in geschickter Form mißbraucht werden, und die dann an dem von den Mazedoniern angelegten Feuer ihr Süppchen zu kochen gedenken. Ein Belgrader Blatt kommt jedenfalls dem Kern der Frage sehr nahe, wenn es offen auf Italien als treibende Kraft hinweist, das sich als lachender Dritter die Hände reibt und künstlich eine Flamme schürt, die, wenn sie einmal emfsacht ist, selbst durch die europäische Feuerwehr nicht auf ihren Herd beschränkt werden kann.“

Unerhörte Auslassung des faschistischen Führers in Südtirol.

Innsbruck, 11. Oktober. Der Herausgeber der Provinza di Bolzano, Giarratana, erlaubt sich in seinem Blatt folgende unerhörte Auslassung: Südtirol muß für immer bei Italien bleiben. Italien werde jetzt faschistische Methoden anwenden, da der Versuch der Zusammenarbeit und der Auffassung, obwohl er schon längere Jahre andauere, nicht gelungen ist, sondern entgegengelegte Wirkungen hervorgebracht habe.

Dieser Auspruch ist wohl als verpönte Antwort auf den Brief der Vertreter der Südtiroler Parlamentarier, der Abgeordneten Rinkel und Baron Sternbach, an den Präfecten anzusehen, in dem beide ausdrücklich ihre Bereitwilligkeit erklärten an allen

Arbeiten, die zu einer friedlichen Regelung aller Differenzen führen könnten, mitzuwirken.

Das besetzte Gebiet will nur Recht!

Treu zu Volk und Vaterland.

Während des Aufenthaltes des Reichskanzlers in Koblenz gab der Oberpräsident der Rheinprovinz, Dr. Fuchs, dem Kanzler zu Ehren ein Festessen, an dem auch die rheinischen Regierungspräsidenten teilnahmen. In der Begrüßungsansprache wies Oberpräsident Dr. Fuchs auf die schwere Bedrückung der Rheinlande durch die fremde Besatzung hin, verurteilte namentlich das immer noch in Kraft befindliche Ordonnanzsystem, die Verfügungsfreiheit der fremden Mächte und die Bedrückung der Bevölkerung durch die Manöver der ausländischen Truppen. Das besetzte Gebiet wolle nur sein Recht. Aber die Freiheit solle nicht erkaufte werden mit außenpolitischen Zugeständnissen grundsätzlicher Art. Man werde auch in Zukunft treu zu Volk und Vaterland stehen.

Erklärung des Reichskanzlers.

Dr. Marx sagte in seiner Antwort, er empfinde die Not der rheinischen Gaue als Rheinländer ganz besonders tief. Der Reichskanzler fuhr fort: Es hilft aber nicht, die Not nur zu erkennen, man muß sie bekämpfen. Seien Sie überzeugt, daß die Reichsregierung stets ein offenes Ohr für Ihre Klagen und Beschwerden hat. Nicht nur unsere Herzen sind dem Rheinlande zugetan, wir sind auch bereit, unsere Hilfsmittel im Rahmen des Möglichen dazu zu verwenden, die materiellen Lasten und Schäden, die die Besetzung mit sich bringt, auszugleichen. Sicher haben unsere Hilfsaktionen im Rheinland nicht volle Zufriedenheit schaffen können. Vieles blieb unausgesprochen. Aber dabei darf nicht vergessen werden, daß das Reich sich in äußerst schwierigen Finanzverhältnissen befindet, die ihm ja oft einen anderen Weg zwingend vorschreiben, als ihn der Zug des Herzens weist. Gewiß ist im Besetzungssystem manches gegen früher besser geworden. Auch die zugesagte Herabsetzung der Besatzungsstärke um 10 000 Mann ist zweifellos eine begrüßenswerte Erleichterung. Aber es liegt in der Natur der Sache, daß eine solche Herabsetzung an dem Gesamtbestand der Besetzung nicht viel ändern kann, die auf die Gemüter drückt, viele Lasten und Kosten verursacht und die wirtschaftliche Entfaltung hemmt. Aber noch viel wichtiger ist das Geistige, das unstillbar im rheinischen Herzen liegt.

Im deutschen Volke, schloß der Kanzler, das so viel Unrecht und Unfreiheit zu ertragen hatte und immer noch zu ertragen hat, ist diese Sehnsucht nach der Herrschaft von Freiheit und Gerechtigkeit besonders tief. Möge der Tag der Freiheit uns bald beschieden sein!

Spanische Nationalversammlung eröffnet.

An die Stelle der Diktatur.

In Gegenwart des Königs, des Ministerpräsidenten und sämtlicher Minister wurde in Madrid die spanische Nationalversammlung eröffnet. Sie ist bekanntlich zusammengetreten auf Anordnung des mit diktatorischen Befugnissen ausgestatteten Ministerpräsidenten Primo de Rivera an Stelle der Cortes, des Land- oder Reichstages. Die Mitglieder der Nationalversammlung sind durchweg ernannt, nicht gewählt worden.

Ansprache des Ministerpräsidenten.

Primo de Rivera erklärte, es sei bedauerlich, daß einige Persönlichkeiten, denen ein Sitz in der Nationalversammlung angeboten war, geglückt haben, dies Anerbieten abzulehnen zu müssen. Trotzdem würden ihre Interessen von der Versammlung vertreten und nicht vernachlässigt werden. Die Regierung werde um ihren Schutz besorgt sein, denn sie sei entschlossen, in den wirtschaftlichen und klassenkämpferischen Gerechtigkeit und Unparteilichkeit aufrechtzuerhalten. Er unterstrich dann, daß es notwendig sei, den Weg in die Zukunft und die kommende Regierung vorzubereiten. Darum sei die Nationalversammlung einberufen worden. Sie werde der Regierung mit Rat und Tat zur Seite stehen, um an dem Wiederaufbau des Landes zu arbeiten, es vor jeder Gefahr zu bewahren und für seine Größe zu wirken.

Der Präsident der Nationalversammlung, Yanguas, sagte, daß diese Versammlung aus der Notwendigkeit heraus entstanden sei, ein System zu suchen und zu finden, das es ermöglichen soll, eine normale politische Lage zu schaffen, um dadurch die Diktatur überflüssig zu machen.

Kein Marokkoverzicht.

Ministerpräsident Primo de Rivera ließ der Presse eine Mitteilung zukommen, in welcher er energisch die Äußerungen dementierte, welche ihm in einer englischen Zeitung über einen angeblichen Verzicht Spaniens auf Marokko in den Mund gelegt wurden. Er bezeichnet den Artikel als „phantastisch“. Weiter bestritt er, daß er mit Chamberlain die Gibraltarfrage angeschnitten hätte. Sie hätten auch nicht eine Äußerung Marokkos durch Spanien ins Auge gefaßt.